

# Riesner Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Telegraphen-Adresse  
Tageblatt, Riesa.

Amtsblatt

Postnummer  
Nr. 20

der Königl. Amtshauptmannschaft Großenhain, des Königl. Amtsgerichts und des Stadtraths zu Riesa.

Nr. 288.

Dienstag, 12. Dezember 1893, Abends.

46. Jahrg.

Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag Abends mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Vierteljährlicher Bezugspreis bei Abholung in den Expeditionen in Riesa und Grefla, den Rückgabestellen, sowie am Schalter der kaiserl. Postanstalten 1 Mark 25 Pf., durch die Träger frei ins Haus 1 Mark 50 Pf., durch den Briefträger frei ins Haus 1 Mark 65 Pf. Anzeigenannahme für die Nummer des Ausgabejahres bis Vormittag 9 Uhr ohne Gewähr.

Druck und Verlag von Langer & Winterlich in Riesa. — Geschäftsstelle: Kasanienstraße 59. — Für die Redaktion verantwortlich: Herm. Schmidt in Riesa.

## Konkursverfahren.

Das Konkursverfahren über das Vermögen des Bäckersmeisters **Gustav Eduard Gräfe** in Riesa wird nach erfolgter Abhaltung des Schlußtermins hierdurch aufgehoben.  
Riesa, den 8. Dezember 1893.

Königliches Amtsgericht.  
Seldner.

Bekannt gemacht durch Aktuar Gerlach G.-S.

## Sonnabend, den 16. Dezember 1893,

Vorm. 10 Uhr.

kommen im Gerichtshause hier 3 Kleiderchränke, 1 Kommode und ein grauer Sommerüberzieher gegen sofortige Bezahlung meistbietend zur Versteigerung.  
Riesa, 12. Dezember 1893.

Der Ger.-Vollz. des Königl. Amtsger.  
Schr. Eibam.

## Rüchken

### Sonnabend, den 16. Dezember dieses Jahres,

Vormittags 9 Uhr

sollen in der Hausflur des hiesigen Rathshauses 1 in Laubjägerarbeit ausgeführter Bogelflägel und 1 dergleichen Schreibzeug, sowie ein Kleidersekretär, 1 Kommode, ein Kleiderchrant, 1 Wanduhr, 1 Regulator, 1 Sopha, 1 goldene Damennuhr mit Kette und 1 Taschenuhr gegen sofortige Bezahlung an die Meistbietenden öffentlich versteigert werden.  
Riesa, am 12. Dezember 1893.

Der Rathsvollzieher.  
Wolf.

## 20 Mark Belohnung

sichern wir Demjenigen, der weihen und den rothen Menschen, der in der Nacht vom 6. bis 7. Dezember am Langenberg-Röderauer Communicationswege 10 Alleebäume umgebrochen und andere beschädigt hat, so namhaft macht, daß gerichtliche Bestrafung erfolgen kann.  
Der Gemeinderath von Zeithain und Moritz.

## Tagesgeschichte.

Das schreckliche Bombenattentat, das gegen die französische Deputirtenkammer gerichtet war, hat in der ganzen gestimmten Welt tiefe Entrüstung hervorgerufen. Sehr mit Recht schrieb die „Köln. Ztg.“ unmittelbar nach dem Eintreffen der ersten Nachricht über das neue Attentat: „Frankreich ist bis jetzt der freien Staatsform des Landes zum Trotz, der hervorragte Schouplaz anarchistischer Anschläge gewesen, der Dynamitreden des vorigen Jahres, als die französische Bourgeoisie unter dem Zeichen der Furcht vor Haaschol und Genossen stand, ist noch unvergessen. Damals hatte Frankreich von dem Anschlag in dem Hotel der Fürstin von Sagan am 29. Februar bis zu der schrecklichen Explosion in der Rue des Bons Enfants sechs größere Dynamitattentate aufzuweisen, die alle von Anarchisten ausgehen. Die allgemeine Entrüstung und Angst rief alsbald eine Masse von Anträgen und Vorschlägen nach, mit denen der Anarchismus bekämpft werden sollte, als aber der erste Schrecken sich gelegt hatte, kam man noch endloser Beratung nur zu kleinen Maßregeln, die nicht fruchteten und dazu gut waren, in Verzweiflung zu geraten. Jetzt, nachdem die anarchistische Wurzeln in der gesetzgebenden Körperschaft der Republik selbst ihre Befruchtungsart abgegeben hat, wird für eine zeitlang wieder die Bekämpfung des Anarchismus die erste Stelle der Tagesordnung einnehmen; aber es bleibt abzuwarten, ob der Erfolg diesmal besser sein wird.“

Je weniger man aber von dem jetzigen Frankreich allein eine nachhaltige Bekämpfung des Anarchismus zu erwarten berechtigt ist, um so ernstlicher müssen die Regierungen aller anderen Kulturstaaten darauf bedacht sein, auf ihren Gebieten die umfassendsten Vorkehrungsmaßregeln zu treffen und durch internationale Abmachungen auch Frankreich zur Consequenz zu nöthigen. Man kann daher der „Magd. Ztg.“ nur beipflichten, wenn sie am Schluß eines Artikels über das Attentat in der französischen Deputirtenkammer sagt: „Die Frage, die schon neulich aufgeworfen wurde, drängt sich mit verschärfter Gewalt auf und wird nicht ruhen, bis sie Beantwortung gefunden hat, die Frage: Wie lange die gestimmte Welt sich noch dem Wahnsinn einer handvoll Verworfenen preisgeben will? Und die andere Frage: Wie es zu verhindern ist, daß diese entsetzliche Verirrung nicht immer weiter um sich greife? Unaufhörlich hat die Sozialdemokratie den unverständigen Massen gepredigt, daß die heutige Gesellschaft nichts sei als ein wüthes Durcheinander von Gemeinheit, Eist und Lug und Trug. Jahrzehnte lang hat sie das Evangelium verkündet, daß sie verurtheilt sei, die Armen und Bedrängten und um ihr Glück Betrogenen zu einer besseren Ordnung der Dinge hinüberzuführen, und mit größerer und geringerer Deutlichkeit hat sie zu verstehen gegeben, daß dies Glück nur auf dem Wege der Gewalt den jetzigen Machthabern zu entreißen sei. Was Wunder, wenn diese Lehre in beschränkten und fanatischen Köpfen den Gedanken zur That werden läßt, denen die ewigen Verstrickungen auf den „nahen Kladderadatsch“ zu lange währen oder die in der bezoglichen Bourgeoisie, die sich die Propheten des neuen Glaubens einer nach dem andern gegründet haben oder gründen, sobald sie eine Führerrolle erlangen, eine Bestätigung ihres Argwohns erblicken, daß sie selbst von ihren Führern bereits wieder betrogen worden sein? Sozialdemokratie und Anarchismus sind auf demselben Stamm gewachsen,

und es wird nicht gelingen, den Anarchismus zu beseitigen, ohne zuvor die socialdemokratische Bewegung überwunden zu haben.“

**Deutsches Reich.** Die „Nordd. Allg. Ztg.“ erwähnt die Nachricht der „Börse“, wonach parlamentarische Kreise das Scheitern der Wein- und Tabaksteuer conspiren und bereits eine Umwandlung der Steuern in eine Rohstoff- und Wertsteuer planen. Die „N. A. Z.“ erklärt die Nachricht sei durchaus unbegründet. Was die Tabaksteuer anlangt, so hat sich die Regierung mit der Frage der Rohstoffsteuer im vorigen Jahre beschäftigt. Das Project wurde fallen gelassen, nachdem die Sachverständigen Bremens und Hamburgs dasselbe für unbrauchbar erklärten. Die Regierung werde nicht nur an der jetzigen Vorlage betr. die Tabaksteuer, sondern insbesondere an dem Systeme derselben festhalten.

Wegen die Quittungssteuer hat der frühere Reichsgerichtsrath und Reichstagsabgeordnete Bühr in den „Wenzboten“ einen scharfen Aufsatz veröffentlicht. Mit dem Quittungsstempel werde die Rechtsicherheit beeinträchtigt, die die Quittung dem Schuldner gewähren soll. Man könne ebenso gut auf jedes Receipt, das sich ein Kranke von seinem Arzt verschreiben läßt, einen Stempel legen. Die beständige Besetzung mit dieser Steuer müsse insbesondere den allgemeinen Widerwillen auf sich ziehen. In dem lehrreichen Aufsatz heißt es u. A.: „In der ungeschicklichen Mehrzahl der Fälle ist die Quittung ein todttes Papier. Der Empfänger legt sie in seinen Kasten, um sie einige Zeit aufzuheben und später zu vernichten. Nur dann, wenn etwa der Gläubiger nochmals Zahlung fordern sollte, holt man sie wieder hervor, um sie dem Gläubiger vor Augen zu halten. Fälle dieser Art sind aber bei der im Geschäftsleben im Allgemeinen herrschenden Negligenz und Ordnungsliebe sehr selten. Und nun soll man ein solches Stück Papier, das in tausend Fällen gar keine Bedeutung mehr hat, noch mit einer Steuer bezahlen? Wo viele Zahlungen zusammenfließen, wird sich die Steuer trotz ihres geringen Betrages doch leicht zu ganz ansehnlichen Summen aufhäufen.“

Russische Blätter haben hervor, daß der Frachtverkehr auf der Weichsel in diesem Jahre trotz des Zollkrieges mit Deutschland nicht zurückgegangen sei, sondern im Gegentheil erheblich zugenommen habe. Allein die Zollkammer in Kiew hat etwa 600 000 Rubel eingenommen, das heißt etwa 30 Prozent mehr, als in den Vorjahren. Besonders bedeutend war die Einfuhr von Chemikalien und von Materialien für Maschinenfabriken. Natürlich war Deutschland daran so gut wie gar nicht beteiligt, an dessen Stelle waren England, Belgien, die vereinigten Staaten von Nordamerika und ziemlich in letzter Linie Frankreich getreten. Das ist gewiß im Interesse der betreffenden deutschen Industriezweige liebhaft zu beklagen. Nun aber kommt die Rekrise der Weichsel. Die Einfuhr von russischem Getreide über die Grenze war in demselben Zeitraum nahezu gleich Null. Rußland hat nach wie vor gewisse Fabrikate, die es schlechterdings nicht entbehren kann, aus dem Auslande beziehen müssen. Während es dieselben früher gleichsam im Austausch gegen sein Getreide aus Deutschland bezog, hat es dieselben seit dem Ausbruch des Zollkrieges aus anderen Ländern bezogen, die indessen für das russische Getreide keinen Bedarf haben. Die wirtschaftliche Lage Rußlands hat sich dadurch ganz gewaltig verschlechtert, während Deutschland seinen Bedarf an ausländischem Getreide auch ohne

russische Zufuhren bequem decken konnte und für seine industriellen Erzeugnisse nicht in solchem Maße auf Rußland angewiesen ist, wie dieses für sein Getreide auf den deutschen Markt. So stellt sich die wahre Sachlage dar, welche die russische Presse natürlich möglichst zu verhüllen trachtet.

Vom Reichstag. Am Montag beschäftigte sich der Reichstag mit einer ganzen Anzahl von kleinen Gegenständen, unter denen zunächst die dritte Beratung der Kamppfölle gegen Rußland einen breiteren Raum einnahm. Der konserv. Abg. v. Solisch, der unter den neugewählten Agrariern sich durch besondere Klugheit hervorthat, plädierte bei dieser Gelegenheit im Interesse des heimischen Flachsbauers für einen mäßigen Flachszoll, der konservative Abg. Vuk, von Herrn Reichbichler aus dem Centrum dabei wieder unterstützt, für Gleichstellung des deutschen Hopfens mit dem russischen in der Zollbehandlung. Dann kam die antimilitärische Interpellation in Sachen der Sonntagsruhe am 21. und 31. Dezember, von Herrn Werner eingeführt, zur Sprache. Staatssecretär von Bötticher setzte dem Ansuchen, im Interesse des Gewerbestandes an diesen Tagen eine Ausdehnung der Geschäftsstunden zu gewähren, ein bundesrathliches „non possumus“ entgegen, das sei Sache der Polizeibehörden in den einzelnen Landesheilen. Da die Interpellanten es verabsäumt hatten, auch eine Besprechung ihrer Wünsche zu beantragen, so konnte Herr v. Levechow unter Heiterkeit des Hauses feststellen, daß die Angelegenheit hiermit erledigt sei. Das Uebereinkommen zwischen Deutschland und der Schweiz in Sachen der Gegenseitigkeit im Patent- und Markenschutz gab Herrn Hammacher Anlaß zu der Klage, daß die Schweiz neue Patente auf neue Apparate, die durch Modell plastisch darstellbar sind, kennt, aber nicht auf neue Verfahren, die in der deutschen chemischen und Farbenindustrie eine große Rolle spielen. Folge ist eine illegale Konkurrenz von auf Schweizer Gebiet gegründeten Fabriken, welche die deutschen Erfindungen förmlich ausplündern. Beschluß: Die Handelsvertragskommission soll erwägen, ob die Schweiz nicht dahin gebracht werden kann, ihr Patentgesetz zu ändern, oder zum Mindesten die deutschen Patente, die auf dieses Gebiet fallen, zu respectiren. Bei der Beratung der Novelle zum Invalidentengesetz brachte Herr Vachem zur Sprache, daß bei den Landwehrbrigaden, die an den Kaisermandieren in den Reichsländern theilgenommen, eine große Zahl von Leuten in Folge der ihnen zugemutheten Strapazen gestorben seien. Die Reichs-Militärverwaltung sei bisher nicht in der Lage, den Hinterbliebenen in solchen Fällen Unterstüßungen zu gewähren, und dem müsse abgeholfen werden. Es folgte der bekannte Antrag v. Benda betreffs Wiedereinführung der für alle Strecken gültigen Eisenbahnkarten für Reichstagsmitglieder. Der greise Führer der Nationalliberalen begründete seinen Antrag nur kurz und meinte, da nur wenige Reichstagsmitglieder gegen den Antrag seien, brauche über ihn nicht lange gesprochen, sondern nur einfach abgestimmt zu werden. Namens der Wenigen ergriff Herr v. Gamp das Wort, fand aber für seine Darlegungen auf Seiten der Linken eine sehr gereizte Stimmung, die sich ununterbrochen in Zwischenrufen und Lachen Luft machte. Herr v. Gamp sagte schließlich seine Ausführungen in den Satz zusammen: „Nebst noch Diäten, als Freitarten!“ welches Entgegenkommen von der Linken lachend vorgemerkt wurde. Der Erste und Einzige, der sich zur Widerlegung Gamps erhob, war sein Fraktions-